



Verband Queere Vielfalt

Bundesvorstand

Tätigkeitsbericht 2025

1. Vorwort	4
2. Bundespolitische Aktivitäten	5
2.1. Für ein gerechtes Recht	5
2.1.1. Regenbogenfamilien im Recht	5
2.1.2. Artikel 3	6
2.1.3. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes	6
2.1.4. Sexarbeit	7
2.2. Für Menschenwürde – gegen Hass	7
2.2.1. Prävention und Bekämpfung von Hassgewalt und Aktionsplan queer.....	7
2.2.2. Selbstbestimmungsgesetz / Personenstandsrecht / Inter.....	8
2.2.3. Projekt „Fluchtgrund queer: Queer Refugees Deutschland“	9
2.2.4. Einsatz für Rechte LSBTIQ*-Geflüchteter gegenüber BAMF, Gerichten und Politik	9
2.2.5. Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit „Selbst.verständlich Vielfalt“	10
2.2.6. Integration von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken	12
2.2.7. Einsatz für LSBTIQ*-Afghan*innen im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms	12
2.3. Für eine gute Zukunft.....	13
2.3.1. Gesundheitspolitik	13
2.3.2. European Digital Identity Wallet (EUDI).....	14
2.3.3. Gedenkkultur	14
2.4. Queere Menschen im Sport	15
3. Internationales	16
3.1. Equal Rights Coalition (ERC).....	16
3.2. Menschenrechte	17
3.3. Elisabeth-Selbert-Initiative	17
3.4. Netzwerke.....	18
3.5. Hirschfeld-Eddy-Stiftung	18
3.5.1. Projekt „Kulturen und Kolonialismus – Der Kampf um die Menschenrechte von LSBTIQ* im Licht der Debatte um Dekolonisierung“	18
3.5.2. Der pinke Faktor – Die Rolle von LSBTIQ* im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft.....	18
3.5.3. Sonstige Projekte	19
4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	19
5. Mitarbeit in nationalen Netzwerken und Vertretungsaufgaben.....	20
5.1. Forum Menschenrechte	20

5.2.	VENRO.....	20
5.3.	Bundesstiftung Magnus Hirschfeld.....	20
5.4.	Deutsches Institut für Menschenrechte	21
5.5.	Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS).....	21
5.6.	Rundfunkräte	21
5.7.	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	22
6.	Organisation	22
6.1.	Namensanpassung	22
6.2.	Mitarbeitende.....	22
6.3.	Mitgliederentwicklung und -werbung	23
6.4.	Friend-/Fundraising und Sponsoring.....	23
6.5.	Verbandstag 2024	24
6.6.	Zusammenarbeit des Bundes- mit den Landesverbänden	24
6.7.	Rechtsberatung	26
7.	Ausblick	26

1. Vorwort

Mit dem Ende der Ampelkoalition am 6. November 2024 ging die queerpolitisch fortschrittlichste Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik zu Ende. Zwar konnte die Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nicht alle Vorhaben aus ihrem Koalitionsvertrag umsetzen, dennoch wurden bedeutende queerpolitische Meilensteine erreicht und wichtige Initiativen auf den Weg gebracht.

So wurde in Deutschland erstmals ein Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet, und das Blutspende- und Verbot für Männer, die Sex mit Männern haben, wurde weitgehend abgeschafft. Zudem würdigte der Deutsche Bundestag in einer Gedenkstunde erstmals die queeren Opfer des Nationalsozialismus, und ein queerpolitischer Aktionsplan auf Bundesebene wurde entwickelt. Das Völkerstrafrecht sowie das Strafgesetzbuch wurden für LSBTIQ* erweitert und das „Diskretionsgebot“ für queere Asylsuchende abgeschafft. Wichtige Reformen im Familien- und Abstammungsrecht, im rechtlichen Rahmen der Fortpflanzungsmedizin sowie die dringend notwendige Ergänzung von Artikel 3 des Grundgesetzes und andere Forderungen der Community blieben hingegen bis zuletzt offen.

Im vergangenen Amtsjahr haben wir den intensiven Austausch mit allen demokratischen Parteien gesucht, um auf den letzten Metern der Regierung noch offene queerpolitische Fortschritte voranzutreiben, die im Koalitionsvertrag vereinbart waren. Gleichzeitig haben wir unseren neuen Namen „LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt e. V.“, der auf dem letzten Verbandstag beschlossen wurde, in unsere Außenkommunikation integriert und das Plus als Zeichen unserer innerverbandlichen Öffnung in unser Logo aufgenommen.

Dieses Vorwort sowie der Ausblick am Ende dieses Berichts wurden eine Woche nach der Bundestagswahl verfasst. Aktuell sondieren CDU/CSU und SPD die Möglichkeiten zur Bildung einer neuen Bundesregierung. Damit ist dies der letzte Tätigkeitsbericht, der unsere Arbeit während der vergangenen Legislaturperiode beschreibt. So wie sich unsere Rolle zu Beginn der Ampelkoalition gewandelt hat, wird sie sich nun nach deren Ende erneut drastisch verändern. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass wir als zivilgesellschaftliche Organisation vor neuen Herausforderungen stehen werden. Der Bundesvorstand beschäftigt sich bereits intensiv mit der strategischen Neuausrichtung, um sicherzustellen, dass wir weiterhin als starke und hörbare Stimme der queeren Community wirken können.

All unsere Erfolge wären ohne unser großartiges Team, bestehend aus unseren engagierten Mitgliedern, Landesverbänden sowie Mitarbeitenden in den Geschäftsstellen und Projekten, nicht möglich gewesen. Ihr seid es, die den Verband mit Leben füllen. Dafür gebührt euch unser größter Dank! Wir freuen uns darauf, auch im kommenden Jahr gemeinsam mit euch weiterzuarbeiten.

Nun wünschen wir euch viel Freude beim Lesen dieses Tätigkeitsberichts.

Euer Bundesvorstand

2. Bundespolitische Aktivitäten

2.1. Für ein gerechtes Recht

2.1.1. Regenbogenfamilien im Recht

Im Januar 2024 veröffentlichte das Bundesministerium der Justiz (BMJ) endlich Eckpunkte für die Abstammungsrechtsreform. Anfang Februar haben der LSVD⁺, vertreten durch Patrick Dörr, Sarah Ponti und Kerstin Thost, der Deutsche Juristinnenbund, NoDoption und BASJ mit Katrin Helling-Plahr, MdB, Jürgen Lenders, MdB, und Ria Schröder, MdB, von der FDP-Fraktion ein Gespräch über die Eckpunkte geführt. In dem zweistündigen Gespräch haben wir ausführlich die aus unserer Sicht bestehenden Verbesserungsbedarfe im Eckpunktepapier diskutiert. Ein weiteres Gespräch zur überfälligen Reform konnte mit MdB Jan Plobner aus der SPD-Fraktion geführt werden. Mitte Februar haben wir als zivilgesellschaftliches Bündnis eine gemeinsame Stellungnahme zu den Eckpunkten beim BMJ eingereicht.

Leider lag zum Start der parlamentarischen Sommerpause noch immer kein Entwurf vor, worauf das Leitplankenbündnis in einer gemeinsamen Pressemitteilung hingewiesen hat. Im Oktober wurde dann ein Arbeitsentwurf für die Reform an die Länder weitergeleitet und der Deutschen Presseagentur bekannt. In einem breiten Bündnis haben wir eine Kurzeinschätzung abgegeben. Obwohl der Entwurf endlich ein Ende der Stiefkindadoption für queere Herkunftsfamilien vorsah, enthielt er neue Verschlechterungen. Erstmals sollte definiert werden, was biologisches Geschlecht im Rechtssinn ist. Die falsche Benennung von trans*, nicht-binären und intergeschlechtlichen Eltern sollte fortgeschrieben werden. Insgesamt lag dem Entwurf ein biologistisches Verständnis von Elternschaft zugrunde. Mit dem Ende der Koalition ist ungewiss, wann das Abstammungsrecht endlich an die Lebensrealitäten queerer Familien angepasst wird. Der LSVD⁺ hat einen queerpolitischen Krisenplan gefordert, der u. a. eine Reform des Abstammungsrechts noch in dieser Legislaturperiode vorsieht. Mit dieser Aufforderung haben wir die Mitglieder des Familienausschusses angeschrieben und die LSVD⁺-Mitglieder zu einer E-Mail-Aktion an ihre Wahlkreisabgeordneten aufgerufen. Am 12. November 2024 haben Gabriela Lünsmann und Theresa Richarz auf Einladung von BerTA-Stuttgart einen Infoabend zur Stiefkindadoption, den Regelungen für Eltern nach dem Selbstbestimmungsgesetz und zum Austausch über die ausbleibende Reform veranstaltet. Die Diskriminierung queerer Familien im Abstammungsrecht zu beenden, bleibt eines der zentralen rechtspolitischen Themen des LSVD⁺.

2024 hat sich der LSVD⁺ zudem dem Thema Mehrelternschaft gewidmet. Im April 2024 richtete der LSVD⁺ gemeinsam mit NELFA und der niederländischen Stiftung Meer Dan Gewenst einen großen Fachtag mit dem Titel „Mehrelternschaft in Deutschland und den Niederlanden – mögliche Wege der rechtlichen Absicherung“ aus. Die Fachveranstaltung sowie die politische Diskussion am Abend waren sehr gut besucht, u. a. von Fachkräften aus der Beratung. Ein Veranstaltungsbericht findet sich [hier](#). Aufbauend auf dem Fachtag fand im Oktober ein vertiefender Fachworkshop mit zwei Expert*innen zur Lebensrealität von Mehrelternfamilien in Deutschland und möglichen rechtlichen Regelungsoptionen statt. Ziel ist es, im Austausch mit familienpolitischen Verbänden eine gesetzliche Regelung von Mehrelternschaft in Deutschland zu entwickeln. In einem ersten Schritt sollten dazu „Sorgepersonen“ neben den rechtlichen Eltern anerkannt und mit rechtlichen Befugnissen und Pflichten ausgestattet werden. Die häufigsten Formen gelebter Mehrelternschaft sind Stief- oder Patchworkfamilien, die von der Anerkennung der gelebten Fürsorge profitieren. Schließlich sollte die konsensuale volle rechtliche Elternschaft für mehr als zwei Personen ermöglicht werden.

Im April 2024 hat die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bundesgesundheitsministerium (BMG) und BMJ berufen wurde, ihren Abschlussbericht vorgelegt. Zur möglichen Legalisierung von Eizellabgaben und sogenannter altruistischer Leihmutterchaft hat der LSVD⁺ Stellung genommen. Der LSVD⁺ hat ebenfalls zu einem Gesetzesentwurf zur Verhinderung sogenannter missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennung Stellung genommen und diesen als rassistisch und queerfeindlich kritisiert.

Im Sommer 2024 hat Theresa Richarz auf einem Fachtag der Friedrich-Ebert-Stiftung queere Perspektiven auf das Regelungsvorhaben der sogenannten Verantwortungsgemeinschaft vorgestellt.

Über das gesamte Verbandsjahr haben Kerstin Thost und Theresa Richarz zudem zahlreiche Pressehintergrundgespräche und Interviews zur Situation von Regenbogenfamilien mit Print- und Onlinemedien, Radio- und TV-Sendern sowie in Podcasts geführt. Kontakte zu anderen Organisationen, die sich für Familienvielfalt einsetzen, wurden kontinuierlich gepflegt und ausgebaut wie beispielsweise mit dem Zukunftsforum Familie, SHIA, NELFA, Bundesforum Familie, der Gesellschaft für Freiheitsrechte und dem Bundesverband Trans*.

2.1.2. Artikel 3

Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung hieß es: „Wir wollen den Gleichbehandlungsartikel des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 GG) um ein Verbot der Diskriminierung wegen sexueller Identität ergänzen und den Begriff „Rasse“ im Grundgesetz ersetzen.“ Der Bundesvorstand hat in Gesprächen und Briefen darauf gedrängt, dass dieses Versprechen eingelöst wird. Dafür konnte auch prominente Unterstützung gewonnen werden. Die Präsides der EKD-Synode, Anna-Nicole Heinrich, forderte in einer Erklärung zum 23. Mai 2024: „Schreiben wir unsere Verfassung konsequent fort und schützen zukünftig in Artikel 3 des Grundgesetzes alle Opfergruppen der NS-Gewaltherrschaft. Dazu gehören auch queere Menschen, die bisher noch nicht namentlich genannt werden und zunehmend Hasskriminalität und Gewalt ausgesetzt sind.“ Am 24. November 2024 beschloss das Zentralkomitee der deutschen Katholiken: „Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert werden. Bundestag und Bundesrat werden aufgefordert, die entsprechende Ergänzung in Artikel 3, Absatz 3, Satz 1 des Grundgesetzes vorzunehmen und damit die Rechte von LSBTIQ+-Personen zu stärken und den Schutz vor Diskriminierung zu erhöhen.“ Mit Vertreter*innen beider Kirchen war der LSVD⁺ im Gespräch. Anfang Dezember startete die Kampagne „Nächstenliebe stärken, Zusammenhalt fördern“. Die Kampagne ruft Mitglieder des LSVD⁺ auf, mit MdBs vor Ort, vorzugsweise solchen aus den Reihen von CDU und CSU, ins Gespräch zu kommen und dafür zu werben, dass sie für die Ergänzung des Artikels 3 eintreten. Dazu werden Statements prominenter Persönlichkeiten und Material zur Verfügung gestellt. Patrick Dörr, Henny Engels und Alexander Vogt arbeiteten für den Bundesvorstand weiterhin beim Runden Tisch Grundgesetz für alle mit. Bis zum Bruch der Ampel am 6. November 2024 wurde das Koalitionsversprechen nicht eingelöst. Es gilt nun, das Anliegen verstärkt weiterzuverfolgen.

2.1.3. Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

Im Koalitionsvertrag kündigte die Ampelregierung an, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu evaluieren, Schutzlücken zu schließen, den Rechtsschutz zu verbessern und den Anwendungsbereich auszuweiten. Auch dieses Versprechen wurde nicht eingelöst. Das Bündnis „AGG-Reform jetzt!“, in dem der LSVD⁺ Mitglied ist und von Henny Engels vertreten wird, forderte mit zahlreichen Aktionen und Schreiben immer wieder die dringend erforderlichen Reformen ein; sie

wurden jedoch nicht umgesetzt. Ob dies in der neuen Legislaturperiode geschehen wird, ist angesichts der zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse mehr als fraglich. Am 1. Oktober 2024 legte das BMFSFJ einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinien über Standards für Gleichbehandlungsstellen. Das Gesetz sollte die Rechte der Antidiskriminierungsstelle (ADS) des Bundes stärken, den Zugang zur ADS erleichtern, die Einrichtung einer Schlichtungsstelle einleiten und Antidiskriminierungsverbänden eine Prozessstandschaft ermöglichen. Auch wenn mit diesem Gesetz nur Teile der notwendigen Reform erfolgt wären, wäre es ein Fortschritt gewesen. Es bleibt abzuwarten, wie der neugewählte Bundestag hier verfährt.

2.1.4. Sexarbeit

Im März 2023 hat der 35. Verbandstag des LSVD⁺ eine Resolution mit dem Titel „Selbstbestimmung statt Stigma“ verabschiedet und somit eine Solidarisierung mit (queeren) Sexarbeitenden als Verbandsposition konsolidiert. Von 2023 bis 2024 wurde darauf aufbauend eine mehrteilige verbandsinterne Fortbildungsreihe zum Thema Sexarbeitsfeindlichkeit organisiert, die es den Landesverbänden und auch dem Bundesverband ermöglichen sollte, ein tieferes Verständnis der Lebensrealitäten (queerer) Sexarbeitender zu erlangen und Möglichkeiten zur politischen Zusammenarbeit aufzuschlüsseln. Zudem haben wir als Bürgerrechtsverband für die Interessen und Belange von LSBTIQ* zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden – Sexkauf bestrafen“ (BT-Drucksache 20/10384) im September 2024 Stellung genommen. Unsere Stellungnahme schlüsselt auf, weshalb eine Kriminalisierung von Sexarbeit in Deutschland die Situationen von Personen in der Sexarbeit deutlich verschlechtern würde und deshalb nicht tragbar ist. Im November 2024 haben wir zudem einen ausführlichen Hintergrundartikel auf unserer Website veröffentlicht, der aus der verbandsinternen AG zum Thema entstanden ist und einen Überblick über die bisherigen Erkenntnisse und Studien zum Thema gibt: [„Gegen die Diskriminierung von Sexarbeitenden – LSVD⁺ fordert: Solidarität statt Stigma!“](#)

Auf Basis der Kontakte, die bei der Erarbeitung der Verbandsposition geknüpft werden konnten, wurde der LSVD⁺ außerdem wiederholt von sexarbeitenden Aktivist*innen und Selbstorganisationen eingeladen, verschiedene Austauschformate und Veranstaltungen zu besuchen und zu unterstützen. Wo immer dies möglich war, sind Vorstand und Mitarbeitende diesen Einladungen gern gefolgt – so zum Beispiel bei der entsprechenden AG im Paritätischen Gesamtverband oder bei der Demonstration für die Rechte von Sexarbeitenden in Berlin im Mai 2024. Wir freuen uns darauf, diesen engen Austausch auch in Zukunft fortzusetzen: so auch unter anderem in der Verbands-AG Sexarbeit, in der inzwischen auch Trans*Sexworks vertreten ist.

2.2. Für Menschenwürde – gegen Hass

2.2.1. Prävention und Bekämpfung von Hassgewalt und Aktionsplan queer

Nach wie vor steigen Diskriminierung von und Gewalt gegen queere Menschen an. Hier ist weiterhin das Engagement aller demokratischen Kräfte, nicht nur die der betroffenen Communitys, gefordert. Der Bundesvorstand hat angesichts dieser Entwicklung und einiger besorgniserregender Passagen in Programmen von Parteien zur anstehenden Bundestagswahl zuletzt in einer Pressemitteilung vom 18. Dezember u. a. gefordert: „Die kommenden Monate müssen genutzt werden, um die Gesellschaft nicht weiter zu spalten, sondern gemeinsam gegen Hass und Ausgrenzung und damit auch für die Demokratie zu kämpfen. Gerade in Zeiten, in denen LSBTIQ*-feindliche Hetze international zunimmt, brauchen wir ein klares Bekenntnis zu Vielfalt, Demokratie und Menschenrechten in Deutschland.“ Ein Beitrag zu Steigerung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt und zur Bekämpfung von Hasskriminalität gegen queere Menschen kann

bei guter Umsetzung der Aktionsplan „Queer leben“ sein. Am 11. Dezember 2024 hat die Bundesregierung den ersten Bericht zum Umsetzungsstand vorgelegt, der anschließend Bundestag und Bundesrat zugeleitet wurde. Aus dem Bericht wird ersichtlich, welche Maßnahmen von wem umgesetzt wurden. Näheres dazu ist [hier](#) zu finden. Über die Beteiligung der Zivilgesellschaft wurde bereits im letzten Jahr berichtet. Diese wird im Umsetzungsbericht ausdrücklich gewürdigt.

2.2.2. Selbstbestimmungsgesetz / Personenstandsrecht / Inter

Das Selbstbestimmungsgesetz wurde am 12. April 2024 verabschiedet. Das Selbstbestimmungsgesetz und damit das Ende der Fremdbegutachtung stellt einen großen queerpolitischen Meilenstein dar, für den die LSBTIQ*-Community lange gekämpft hat. Zugleich hat sich das Gesetzgebungsverfahren zu lange hingezogen und ließ sehr viel Raum für eine trans*feindliche Debatte, bei der Misstrauen und möglicher Missbrauch des Gesetzes durch cis-Männer statt der Rechte von trans*, inter und nicht-binären Personen im Fokus standen. Infolgedessen ist auch im Gesetz selbst an vielen Stellen der versprochene Paradigmenwechsel von der Fremd- zur Selbstbestimmung nicht vollzogen, etwa bei der Anmelde- und der Sperrfrist, den missverständlichen Ausführungen zum Hausrecht und der Vertragsfreiheit, der Regelung zum Wehrdienst und bei der Eltern-Kind-Zuordnung. Der LSVD⁺ hat die Verabschiedung sowie das Inkrafttreten des Gesetzes das ganze Jahr über kritisch begleitet, u. a. in verschiedenen Interviews, Pressemitteilungen und weiterer Öffentlichkeitsarbeit. Am 12. April 24 fand z. B. gemeinsam mit anderen Organisationen wie dem Bundesverband Trans* und dem Deutschen Frauenrat eine Pressekonferenz und anschließend eine Kundgebung vor dem Bundestag statt. Als nach dem Inkrafttreten Anfang November 2024 in Berlin Steglitz-Zehlendorf das Selbstbestimmungsgesetz genutzt werden konnte, begleitete unser Verband in Kooperation mit anderen Selbstorganisationen sowie der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus, eine erklärende Person mit einer Feier und Kundgebung.

In einem großen Bündnis aus verschiedenen queeren Organisationen (u. a. Bundesverband Trans*, Deutsche Gesellschaft für Trans*- und Inter*geschlechtlichkeit, Sonntagsclub etc.) und engagierten Einzelpersonen haben wir eine Webseite erstellt, die die Inhalte des Selbstbestimmungsgesetzes verständlich aufbereitet. Von der Community für die Community: sbgg.info. Seit Juli 2024 finden sich hier u. a. ein Leitfaden für erklärende Personen, umfangreiche Erläuterungen der rechtlichen Regeln, eine Zusammenfassung der Kritik am Selbstbestimmungsgesetz und eine Auswahl von Stellungnahmen, die im Gesetzgebungsprozess eingereicht wurden. Die Webseite wird fortlaufend ergänzt und aktualisiert.

Rund um das Inkrafttreten der Anmeldung am 1. August 2024 wurde uns berichtet, dass einige Standesämter auf den Anmeldeformularen die Bestimmung der Vornamen sehr restriktiv gestalten. So sei eine Veränderung der Anzahl der Vornamen nicht möglich. Nicht-binäre Personen sollten nur „nicht-binäre“ Vornamen bestimmen können. Wir haben dazu gemeinsam mit dem Bundesverband Trans* und der Deutschen Gesellschaft für Trans*- und Inter*geschlechtlichkeit einen Brief an das Bundesinnenministerium verfasst, in dem wir unsere Rechtsauffassung dargelegt und um ein Gespräch gebeten haben. Einen solchen Gesprächstermin mit der zuständigen Abteilungsleiterin und weiteren Vertretern konnten wir gemeinsam mit den anderen Verbänden im September wahrnehmen. In einem weiteren Rundschreiben hat das Bundesministerium des Inneren (BMI) mittlerweile klargestellt, dass die Anzahl der Vornamen veränderbar ist und die vorherige restriktive Auslegung der Geschlechtskonnotation revidiert.

Im September hat das bayerische Innenministerium einen Entwurf für die Änderung der bayerischen Meldedatenverordnung vorgelegt. Wenn eine Person in Bayern ihren Geschlechtseintrag oder Namen ändert, aber auch bei einer An- oder Abmeldung in Bayern werden frühere Vor-

namen und ehemaliger Geschlechtseintrag an Landeskriminalamt und Waffenbehörde weitergeleitet. Zum Verordnungsentwurf haben wir gemeinsam mit dem Bundesverband Trans* und der TIN-Rechtshilfe eine Stellungnahme beim Bayerischen Innenministerium eingereicht.

2.2.3. Projekt „Fluchtgrund queer: Queer Refugees Deutschland“

Beratung und Betreuung

Das Projekt hatte 1.134 Beratungsanfragen von Geflüchteten über E-Mail, Telefon und Facebook. Nach wie vor sind politisch bedingt die Anfragen aus der Türkei und Afghanistan auf einem hohen Stand.

Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Bis Jahresende wurden alle Poster, Buttons, Kugelschreiber, Aufkleber und die mehrsprachigen Kurzratgeber nachgedruckt. Die barrierefreie Version der Projekthomepage ist gemeinsam mit dem digitalen Lehrheft für Integrationskurse veröffentlicht und wurde 264.109-mal aufgerufen. Unvermindert findet die Teilnahme als Sprecherinnen oder Referentinnen an 26 Vorträgen wie der Antigewalttagung der Uni Bielefeld oder des BMFSFJ, Projektvorstellungen und Webinaren statt. 1,8 Tonnen Materialien wurden an 1.146 Stellen versandt. Institutionen wie die Europäischen Asyagentur, das BZgA, diverse Gremien und Kommunen wurden beratend mit Fachinformationen zum Thema Flucht, Gewaltschutz, Safe Spaces und besserer Teilhabe unterstützt. Im Rahmen der Integration wurde das queere Mentoringprogramm von TENT mit Beratung und einem öffentlichen Fachaustausch unterstützt.

Schulungen

Ebenso wurden 27 Online- und Vor-Ort-Schulungen für Kommunen, Integrationskursleitende und andere Gewerke durchgeführt, immer je nach Anforderung mit unseren unterschiedlichen Schulungskonzepten. Insgesamt wurden 398 Personen geschult.

Projekt allgemein

Alle Projektziele konnten 2024 erreicht werden. Die Weiterbewilligung des Projektes bis Ende 2025 erfolgte Ende Dezember.

C&A Awareness Projekt

Das große Awareness-Projekt, von C&A finanziert, bei dem 40 Geflüchtete drei Tage lang Workshops im Waldschlösschen besuchen konnten, wurde erfolgreich umgesetzt. Im zweiten Teil konnten 47 Geflüchtete die queere Jobmesse Sticks & Stones in Berlin besuchen. Im Rahmen der Sticks & Stones wurde dann auch ein öffentliches Panel zum Thema „Queere Geflüchtete und Chancen und Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt“ durchgeführt. Ein aufwendiger Kinofilm, der das Treffen im Waldschlösschen dokumentiert, steht kurz vor der Veröffentlichung.

2.2.4. Einsatz für Rechte LSBTIQ*-Geflüchteter gegenüber BAMF, Gerichten und Politik

Nachdem der Bundesverband in queerpolitischen Fragen zuvor noch einige Erfolge im Bericht queere Geflüchtete verzeichnen konnte, gelang dies im vergangenen Jahr aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Stimmung und des Rechtsrucks nicht mehr in gleichem Maß. An erster Stelle zu nennen ist hier die Umsetzung der GEAS-Reform. Hier hat sich der Bundesverband zusammen mit anderen Bündnisorganisationen dafür eingesetzt, dass die besonderen Bedarfe vulnerabler Geflüchteter in der Reform bestmöglich gewahrt bleiben, und hat sich hierzu in mehreren Pressemitteilungen auch öffentlich geäußert. Hierbei war es uns wichtig, aufzuzeigen, dass der Gesetzgeber auch bei der Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben Spielräume hat und diese im Sinne fairer Asylverfahren und einer angemessenen Aufnahme nutzen muss.

Weiter hat der Bundesverband an seiner öffentlichen Kritik der Einstufung von LSBTIQ*-Verfolgerstaaten festgehalten. Hierbei hat der Bundesverband immer darauf hingewiesen, dass bereits die Einstufungen von Ghana und Senegal aufgrund der LSBTIQ*-feindlichen Gesetzgebung als verfassungswidrig anzusehen sind und aufgehoben werden müssen. Anstatt der Forderung des LSVD⁺ zu folgen, hat die Bundesregierung weitere Staaten als vermeintlich sicher eingestuft, nämlich Georgien und Moldau. Auch diese beiden Staaten erfüllen aus unterschiedlichen Gründen nicht die verfassungsrechtlichen Vorgaben für diese Einstufung. Mit Blick auf Georgien wiegt hier die LSBTIQ*-feindliche Verfolgung besonders schwer. Dass die Einstufung ein Fehler war, wurde spätestens mit der 2024 beschlossenen LSBTIQ*-feindlichen Gesetzgebung in Georgien deutlich. Der LSVD⁺ hat kontinuierlich auf die Verfassungswidrigkeit der Einstufungen hingewiesen, da diese gerade die Schutzrechte LSBTIQ*-Asylsuchender aus diesen Ländern massiv gefährden. Dabei kooperiert der LSVD⁺ mit Anwält*innen, die die Verfassungswidrigkeit bzw. EU-Rechtswidrigkeit der Einstufungen überprüfen lassen.

Des Weiteren hat der Bundesverband auch aus dem Vorstand heraus in Einzelfällen beraten und sich ggfs. auch öffentlich eingesetzt. Hierbei verdichtet sich der Eindruck, dass zwar das Diskretionsgebot entsprechend der Änderung der Dienstanweisung Asyl von 2022 nicht mehr auf offensichtliche Weise zur Anwendung kommt, dass allerdings vermehrt Personen Schutz versagt wird, weil ihnen die vorgetragene LSBTIQ*-Identität nicht geglaubt wird.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Bundesverband inzwischen in zahlreichen Projekten LSBTIQ*-Geflüchtete unterstützt bzw. unterstützen wird. Zu nennen ist hier das von der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung geförderte Projekt „Fluchtgrund: queer – Queer Refugees Deutschland“, das von der Robert-Bosch-Stiftung geförderte Projekt „Integration von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken“, das Demokratie-Leben Projekt „Selbst.verständlich Vielfalt“ und ab 2025 ein weiteres asylspezifisches Demokratie-Leben-Projekt („Gewaltfrei ankommen – Die Rechte von Queeren Geflüchteten“). Im Rahmen des Beteiligungsprozesses zum Aktionsplan „Queer leben“ der Bundesregierung hat sich der LSVD⁺ mit seiner Expertise in die Erarbeitung des Zehn-Punkte-Maßnahmenkatalogs der Arbeitsgruppe „Geflüchtete LSBTIQ*“ bei den Stakeholdern im Asylprozess (insbesondere Unterbringung und Asylverfahren) eingebracht.

2.2.5. Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit „Selbst.verständlich Vielfalt“

Insgesamt fünf Jahre lang förderte das LSVD⁺-Projekt im Kompetenznetzwerk „Selbst.verständlich Vielfalt“ die Regenbogenkompetenz von Fachkräften und Verbänden. Christian Lapp ist seit März 2024 zusammen im Team mit Clara Clasen, Leonie Achterhold und Jürgen Rausch für die Fortbildung der Regelstrukturen zuständig. Darüber hinaus übernimmt der LSVD⁺ die Koordinierung des Netzwerkes. Das Projekt sorgt dafür, dass das Wissen der LSBTIQ*-Communitys in der Breite der Gesellschaft ankommt. Die dahinterstehende Strategie ist es, Multiplikator*innen zu sensibilisieren und weiterzubilden, damit diese wiederum in ihrer Arbeit das neue Wissen um sexuelle und geschlechtliche Vielfalt verbreiten. Die wesentlichen Zielgruppen sind Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit und der Wohlfahrtspflege. Dies geschieht durch das Zusammenwirken des LSVD⁺ mit Intergeschlechtliche Menschen e.V., Bundesverband Trans* und Akademie Waldschlösschen.

Bei der Konzeption der Fortbildungen und Veröffentlichungen hat sich das Projektteam an den Bedarfen der Regelstrukturen orientiert. Dadurch erfreuten sich die Angebote großer Beliebtheit. So wurden die Webtalks von den Fachkräften sehr dankbar angenommen. Die kompakten Fachpapiere wurden von den Einrichtungen als PDF von der Projektseite heruntergeladen oder in gedruckter Form beim Projektbüro bestellt (zum Ende der Projektlaufzeit sind weit über 5.000

Exemplare gedruckt versendet worden). Auf diese Weise gelangten die fachlichen Informationen zur Unterstützung in die professionelle Praxis vor Ort. Auch die Beratung durch unsere Mitarbeitenden zur Steigerung der Regenbogenkompetenz in den Einrichtungen vor Ort und in den übergeordneten Verbänden wurde gerne in Anspruch genommen. Die etablierten Verbände (z. B. DPWV, KJG, Caritas) schätzten dabei die Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Der kollegiale Austausch über die besten pädagogischen Herangehensweisen wurde allseits als konstruktiv bewertet. Nicht zuletzt setzt sich das Projektteam dafür ein, dass Barrieren abgebaut werden. So wurden beispielsweise das Regenbogenparlament und der Fachtag durch Gebärdensprachdolmetscher*innen und Awareness-Teams begleitet.

Regenbogenparlament

Das Regenbogenparlament trug den Titel „It Takes a Village – Intersektionale Demokratieförderung in ländlichen Räumen“. Dazu luden wir communityübergreifend nach Potsdam ein. Unterstützung bei der Umsetzung eines abwechslungsreichen Programms erhielten wir vom CSD Cottbus, dem LSVD⁺ Berlin-Brandenburg, kikk – klassismus ist keine kunstepoche, Hani 'אנן Esther Indictor Portner, dem Projekt „AntiRaktiv“ von DaMOst sowie Max Teske, dem Mitbegründer des Bündnisses „Schule für mehr Demokratie“. Thematisch drehte es sich vorrangig um queere Vielfaltsentwicklung sowie Regenbogenfamilien in Brandenburg, Zusammenhalt durch Antirassismusarbeit und Kunst, Natur und jüdische Geschichte.

Fachtag „Selbstbestimmung stärken! Demokratie leben!“

Beim Fachtag des Kompetenznetzwerks stand im Mittelpunkt, wie die demokratische Zivilgesellschaft dem Rechtsruck standhalten und den Zusammenhalt stärken kann. Die inhaltlichen Impulse zur Diskussion lieferten u. a. das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena, die Alhambra Gesellschaft, Vielfalt Leben – QueerWeg Verein für Thüringen, Trans-Inter-Aktiv in Mitteldeutschland, Dr. Leyla Jagiella und die Bauhaus-Universität Weimar.

Vielfalts-Fibel in Leichter Sprache und Queer-Paket

Die Vielfalts-Fibel enthält die wichtigsten Begriffe der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt und wurde zum Jahresbeginn 2024 in Leichter Sprache veröffentlicht. Über 10.000 Exemplare wurden innerhalb weniger Wochen von Einrichtungen der Jugendarbeit und Wohlfahrtspflege bestellt. Dieser große Bedarf konnte durch die Förderung des BMFSFJ gedeckt werden. Auch das Queer-Paket als Methodensammlung für Fachkräfte der Jugendarbeit stieß auf sehr hohe Nachfrage. Mit insgesamt drei Auflagen konnten die Materialien zur methodischen Unterstützung zielgenau und gleichzeitig breit verteilt werden.

Queer-Papiere

Zum Ende der Förderperiode von „Demokratie leben!“ wurden noch zwei weitere Queer-Papiere veröffentlicht. Diese befassen sich mit den Themen „Queerness in der Kinder- und Jugendliteratur“ sowie „Awareness in der Kinder- und Jugendarbeit“. Alle Queer-Papiere der Reihe sind zu bestellen und digital [hier](#) zu finden.

Workshops und Organisationsberatungen

Das Projektteam bot den Multiplikator*innen aus den Regelstrukturen eine passgenaue Unterstützung zur Förderung der Regenbogenkompetenz an. Die Fachkräfte der Workshops kamen aus so unterschiedlichen Organisationen wie beispielsweise Jugendringen, Freiwilligendiensten oder sozialpädagogischen Einrichtungen. Inhouse-Schulungen zur Organisationsentwicklung gab es 2024 für das Sozialwerk Main-Taunus in Frankfurt, das Jugendamt Kiel und die Jugendhilfe Itzehoe.

Ausblick: Kooperationsverbund

Trotz unsicherer Haushaltslage startete die dritte Förderperiode von „Demokratie leben!“ und diese bringt einige Änderungen mit sich. Pünktlich zum Jahresbeginn konnte der Kooperationsverbund für sexuelle, romantische und geschlechtliche Selbstbestimmung unter dem Namen „Selbstverständlich Vielfalt“ durch die Förderung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seine Arbeit aufnehmen. Konkret bedeutet das für unser Netzwerk, dass wir wachsen. Seit Januar 2025 bereichert der Bundesverband Queere Bildung unsere Zusammenarbeit. Im neuen Kooperationsverbund treten wir gemeinsam für sexuelle, romantische und geschlechtliche Selbstbestimmung ein. So geht es mit noch mehr Verbündeten an die Aufklärungsarbeit, getreu unserem Motto „Selbstverständlich Vielfalt“. Personell wachsen wir auch: Ab März wird uns Sabrina Braick als Projektassistentin unterstützen.

2.2.6. Integration von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken

Aus 34 Projektanträgen wurden im April 2024 von einer Kommission elf Projekte in zehn Bundesländern zur Förderung mit einer Gesamtsumme von 197.000 Euro ausgewählt. Die Auswahlkommission bestand aus Vertreter*innen des LSVD⁺, der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, der Robert Bosch Stiftung sowie zwei unabhängigen Personen. Die elf Projekte bieten thematisch unterschiedliche Ausrichtungen, unter anderem Beratungsangebote, Gruppenangebote, Freizeitveranstaltungen, Bildungsangebote, eine Hotline und eine Studie. Bei einem Auftakttreffen in Berlin Anfang Juni konnten sich die Projektleiter*innen kennenlernen, sich vernetzen und Erfahrungen und Ziele austauschen. Im Verlauf des Förderprogramms wurden die Projekte intensiv begleitet und betreut – von finanziellen Fragen über Freigaben für Flyer und andere Veröffentlichungen bis hin zu strategischer Beratung. Es haben darüber hinaus drei größere Onlinetreffen stattgefunden, sowie ein Online-Workshop zum Thema digitales Marketing und ein Talk über wirkungsorientiertes Arbeiten. Die Förderprojekte waren erfolgreich und endeten nach einer Laufzeit von acht Monaten am 31. Januar 2025, eine Abschlussveranstaltung Ende Februar 2025 in Köln ist bereits in Planung. Mittlerweile hat die Robert Bosch Stiftung entschieden, das Projekt um zwei Jahre zu verlängern.

2.2.7. Einsatz für LSBTIQ*-Afghan*innen im Rahmen des Bundesaufnahmeprogramms

Der Bundesverband hat sich massiv dafür eingesetzt, dass durch die Taliban gefährdete LSBTIQ*-Personen und alleinstehende Frauen aus Afghanistan in Deutschland aufgenommen werden. Hierzu hat der Bundesverband stetig Lobbyarbeit gegenüber Bundestag, Bundesregierung und allen demokratischen Parteien geleistet, um den Bestand des 2022 im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung vereinbarten Aufnahmeprogramms zu gewährleisten. Dies ist ihm bis zum Zusammenbruch der Ampelregierung weitgehend gelungen, auch wenn die Zahl der tatsächlich aufgenommenen Personen und derer mit Aufnahmezusagen hinter den Erwartungen und Versprechungen seitens der Bundesregierung deutlich zurückblieben. Angekündigt war, dass im Rahmen des Programms monatlich bis zu 1.000 Personen Aufnahmezusagen erhalten sollten. Im ganzen Jahr hat der Bundesverband an den Austauschrunden mit den Ministerien (Bundesministerium des Inneren und Auswärtiges Amt) und der Koordinierungsstelle teilgenommen. Dabei haben wir uns für die besonderen Belange von vulnerablen LSBTIQ*-Personen und alleinstehenden Frauen eingesetzt.

Im Juli 2024 hat die Bundesregierung erklärt, kein weiteres Geld mehr für das Bundesaufnahmeprogramm ab 2025 zur Verfügung zu stellen. Daraufhin haben wir uns mit anderen NGOs dafür stark gemacht, dass dieser Beschluss wieder revidiert wird. Auch gegenüber MdBs aller demokratischen Fraktionen haben wir uns für das Bundesaufnahmeprogramm (BAP) Afghanistan eingesetzt. Bei den CSDs in Köln, Berlin und Frankfurt waren wir mit dem Thema und LSBTIQ*-Personen aus Afghanistan präsent. In Bremen sind etwa hundert Afghan*innen auf die Straße

gegangen und haben gefeiert. Auch bei der zweiten queeren Menschenrechtskonferenz der SPD-Fraktion war das Thema präsent, vor allem auch durch die Rede der Präsidentin des Deutschen Institutes für Menschenrechte, die eine Fortführung gefordert hat. Im Rahmen der Equal Rights Coalition Conference konnte eine Person aus dem Team von der Arbeit im Bundesaufnahmeprogramm berichten.

Am 6. November hat der Haushaltsausschuss in einem Maßgabebeschluss die Mittel für das BAP mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP wiederhergestellt und die Bundesregierung aufgefordert, insbesondere die Fälle der bereits kontaktierten Personen weiter zu prüfen. Inzwischen hat dies das Bundesministerium für Finanzen in einem Haushaltsschreiben zum Haushalt 2025 am 16. Dezember 2024 bekräftigt.

Nachdem die Ampel am Abend des 6. November zerbrochen ist und Neuwahlen am 23. Februar stattfanden, setzten wir uns gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass alle vulnerablen Fälle eine Aufnahmezusage erhalten auf Grundlage insbesondere des Haushaltsbeschlusses.

Parallel zu der massiven Lobbyarbeit hat der Bundesverband eng mit internationalen Partner*innen zusammengearbeitet um zu gewährleisten, dass Personen mit Aufnahmezusage auch tatsächlich aus Afghanistan ausreisen können. Hierzu hat sich der Bundesvorstand in regelmäßigen Sitzungen mit den ausländischen Partnern und Beratungen mit deutschen Behörden wie etwa dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgetauscht und war maßgeblich in die operativen Prozesse (Fall-Aufbereitung, Vorbereitung der Ausreise, Zwischenunterbringung, Aufnahme in Deutschland) involviert. Wir sorgen in Zusammenarbeit mit queeren Organisationen in Deutschland dafür, diese Personen bei der Integration in Deutschland zu unterstützen.

Bis dato sind hunderte LSBTIQ*-Personen beim Innenministerium im BAP registriert und eine dreistellige Zahl nach Deutschland ausgeflogen. Hunderten weiteren queeren Menschen haben die zuständigen Behörden bereits eine Aufnahme offiziell in Aussicht gestellt. Ihnen hat Deutschland sein Wort gegeben. Ein Ende des BAP würde die Leben dieser Menschen kosten. Wir können, ja wir dürfen die queere Community in Afghanistan jetzt nicht im Stich lassen. LSBTIQ*-Personen stellen leider nur einen sehr kleinen Teil der humanitären Aufnahmen aus Afghanistan (Menschenrechtsliste, Überbrückungsprogramm und Bundesaufnahmeprogramm) dar – nur rund ein Prozent. Deshalb setzen wir uns weiterhin mit aller Kraft dafür ein, dass Deutschland so viele afghanische LSBTIQ*-Personen wie möglich aufnehmen wird.

2.3. Für eine gute Zukunft

2.3.1. Gesundheitspolitik

Mit dem Bundesverband Trans* besteht weiterhin eine enge Zusammenarbeit zur Verbesserung der trans*inklusiven Gesundheitsversorgung. Nachdem die Zukunft der Gesundheitsversorgung für TIN* Personen (trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen) seit einem Urteil des Bundessozialgerichts im Jahre 2023 unsicher ist, engagiert sich der LSVD⁺ mit anderen Community-Verbänden und Allies, um diese wieder sicherzustellen. Ein geplantes Gesetzesvorhaben ist durch den Koalitionsbruch leider kurzfristig nicht mehr zustande gekommen. Der LSVD⁺ wird hier weiterhin das Gespräch mit den bisherigen Beteiligten, sowie dem Bundesgesundheitsministerium und dem gemeinsamen Bundesausschuss suchen, um Gesundheitsleistungen gesetzlich sicherzustellen.

Zu Jahresbeginn 2024 machte der LSVD⁺ Druck auf das Bundesgesundheitsministerium (BMG), den Versorgungsengpass mit Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) und HIV-Medikamenten zeitnah zu beheben und unverzüglich alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, woraufhin Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach tätig wurde. Der LSVD⁺ setzt sich weiterhin dafür ein, dass die

Verantwortung für die Versorgungssicherheit mit PrEP nicht bei den einzelnen Apotheken und Krankenkassen liegen darf, die den Import von teureren Ersatzprodukten erstatten könnten, sondern dass PrEP politisch als versorgungssichere Arznei anerkannt wird und arbeitet dafür mit der Deutschen Aidshilfe zusammen. Am Welt-AIDS-Tag hat der Verband allen Menschen gedacht, die im Kampf gegen die Immunschwächekrankheit AIDS ihr Leben verloren haben. Wir haben gefordert, die Möglichkeit der halbjährlichen Impfung mit dem Medikament Lenacapavir weiter zu erforschen und wenn möglich, schnellstmöglich in die deutsche Präventionsstrategie einzubauen, indem es zugänglich gemacht wird: Der politische Wille darf nicht nachlassen, HIV und AIDS zu bekämpfen. Jeder Mensch muss den Zugang zu Prävention und Therapie bekommen.

Beim Thema Kampf gegen Konversionsbehandlungen hat das Grundsatzreferat des Verbands mit der Initiative LIEBESLEBEN zur Förderung sexueller Gesundheit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zusammengearbeitet: So ist das Factsheet „Konversionsbehandlungen und Psychotherapie – Warum der Schutz vor Konversionsbehandlungen in der psychotherapeutischen und beraterischen Praxis wichtig ist und was Sie beachten sollten“ entstanden. Zudem hat Theresa Richarz am ILGA-Europe-Meeting am 6. Dezember vor Ort über die internationale Strategie zur Bekämpfung von Konversionsbehandlungen teilgenommen. Die Reform des Gesetzes ist im Koalitionsvertrag von 2021 vereinbart, jedoch haben die zuständigen Bundesministerien keine Maßnahmen ergriffen.

Des Weiteren unterstützt der LSVD⁺ ein Forschungsprojekt der figus GmbH, das die gesundheitliche Versorgung queerer Menschen in den Bereichen wie z. B. Gynäkologie und Urologie untersuchen will. Ob das Projekt bewilligt wird, entscheidet sich im Laufe des Jahres 2025.

2.3.2. European Digital Identity Wallet (EUDI)

Das europäische Parlament hat eine Verordnung verabschiedet, die alle EU-Staaten verpflichtet, eine digitale Möglichkeit zur Identifizierung anzubieten. Eine staatliche digitale Briefftasche mit der Möglichkeit, sich per App auszuweisen. Um eine queersensible und diskriminierungsarme Umsetzung zu gewährleisten wurde der LSVD⁺ konsultiert und begleitet diesen Einführungsprozess. Im Herbst 2025 soll eine erste Version der App verfügbar sein. In weiteren Versionen soll es eine Berücksichtigung für die Bedarfe von TIN* Personen geben, für die ein Nachweis von Geschlechtseintrag und Vorname eine Herausforderung bedeuten kann. Die EU-Staaten sind verpflichtet bis 2027 eine digitale Möglichkeit anzubieten. Die Nutzung ist für Bürger*innen freiwillig. Weitere Informationen gibt es [hier](#).

2.3.3. Gedenkkultur

Kurz vor der Landtagswahl in Brandenburg lud die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten am 19. September zu einem Podiumsgespräch ein: „Vielfalt in Gefahr? Rechtsextremismus und queere (Erinnerungs-) Kultur“. Im Mittelpunkt standen die Bedrohung insbesondere der queeren Kultur und Erinnerungskultur und der Vielfalt in unserer Gesellschaft durch den erstarkenden Rechtsextremismus. Die Diskussion zwischen der Drag-Künstlerin Shady Darling, dem Künstler Tom Georgel, Rikola-Gunnar Lüttgenau von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau Dora, dem Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Markus Pieper, und der Geschäftsführerin der Deutschen Frauenrates und Rechtsextremismusexpertin, Judith Rahner, moderierte Henny Engels. Am 21. September sprach Henny Engels für den LSVD⁺ beim Gedenken an die im KZ Sachsenhausen inhaftierten Häftlinge; eine besondere Rolle spielten dabei die im September 1942 im Klinkerwerk ermordeten schwulen Männer. Im Anschluss an das Gedenken beteiligte sich die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten am CSD Oberhavel in Oranienburg und setzte damit ein deutliches Zeichen, dass aus dem Gedenken an in der Vergangenheit begangene Verbrechen eine Verantwortung für die Gegenwart erwächst. Am 17. Dezember trafen

sich Vertreter*innen der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Vertreter*innen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Alva Träbert und Henny Engels, um – dem Beschluss des Verbandstages 2024 entsprechend – darüber zu sprechen, wie eine Verstärkung der Zusammenarbeit beim Gedenken an die queeren Opfer im KZ Sachsenhausen bzw. in allen Gedenkstätten der Stiftung erreicht werden kann. Es wurden verschiedene Ideen diskutiert; die Überlegungen sind zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden beim Verbandstag mündlich vorgetragen. Henny Engels arbeitet für den LSVD⁺ im Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten mit.

2.4. Queere Menschen im Sport

Deutscher Fußball-Bund (DFB)

Die Kompetenz- und Anlaufstelle für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Fußball mit dem Projekttitel „team out and proud“ war ein gemeinsames Projekt von DFB und LSVD⁺ in Trägerschaft des Familien- und Sozialvereins des LSVD⁺. Die Anlaufstelle wurde 2020 eingerichtet und hatte zum Ziel, die Interessen und Rechte der LSBTIQ*-Community im Fußball zu vertreten und den organisierten Fußball auf allen Ebenen für queere Themen zu sensibilisieren und aufzuklären. Das Projekt war auf vier Jahre angelegt und die vom DFB bereitgestellten Mittel liefen zum Jahresende 2024 planmäßig aus. Die Zusammenarbeit zwischen dem LSVD⁺ und dem DFB findet nach wie vor statt. Christian Rudolph und Julia Monroe sind hier weiterhin Teil der Projektgruppe Queer des DFB und regelmäßig im Austausch. Im Februar 2024 fand eine Klausurtagung der Projektgruppe Queer statt.

Seit 2022 das Spielrecht für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen im Amateur- und Jugendfußball sowie im Futsal eingeführt wurde, gibt es hier kontinuierliche Angebote für die Landes- und Regionalverbände. Im April, Mai und Juni 2024 gab es eine offene Gesprächsrunde, in der Vertrauenspersonen Fragen und Feedback austauschen konnten. Im August 2024 lud der DFB alle Vertrauenspersonen zu einem gut besuchten gemeinsamen Workshop auf den DFB-Campus nach Frankfurt ein. Die Teilnehmenden hatten hier auch die Möglichkeit, ihren Aufenthalt in Frankfurt zu verlängern und am Folgetag den CSD in Frankfurt zu besuchen.

16 der 21 Landesverbände haben aktuell Vertrauenspersonen benannt, die TIN* Spieler*innen beratend begleiten können. Umsetzungsschwierigkeiten gibt es nur wenige, vereinzelt tauchten Fragen zum Zuständigkeitsbereich der Vertrauenspersonen auf. Da 2024 das Selbstbestimmungsgesetz in Kraft getreten ist, wurde die Spielordnung angepasst. Im Zuge dessen wurden auch die Zuständigkeiten der Vertrauenspersonen nochmal verständlicher geregelt.

Fußball EM der Männer und olympische Spiele

Im Sommer 2024 fanden in Deutschland die Fußball-Europameisterschaft und in Paris die olympischen Spiele statt. Im Rahmenprogramm dieser Sportevents gab es immer wieder Veranstaltungen, auf denen der LSVD⁺ sich zu queeren Themen im Sport einbringen konnte.

In Berlin gab es ein PrideHouse, ein internationales Konzept, das seit über zehn Jahren während Sport-Großveranstaltungen durchgeführt wird. Dort treffen sich queere Personen und alle, die sich mit denselben Werten identifizieren und für ein respektvolles Miteinander und Vielfalt einsetzen, um gemeinsam die Fußball-EM zu erleben.

Erstmals gab es sogenannte „sensitivity lanes“ bei der Fußball-EM der Männer, die eine gendersensible Einlasskontrolle ermöglichen konnten. Die Wortschöpfung stammt von Julia Monroe. Sie hat gemeinsam mit der Kofas gGmbH und dem DFB das Konzept erarbeitet. Die UEFA hat dieses [Sicherheitskonzept](#) übernommen und erstmals bei einer Fußball-Großveranstaltung eingeführt.

Vielfalt im Stadion

Mit der KoFas gGmbH wurde das Projekt „Vielfalt im Stadion“ realisiert. Dabei wurden Analysen und Befragungen durchgeführt, wie ein Stadionerlebnis für queere Menschen sicherer gemacht werden kann. Die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützte dabei ein Filmprojekt, um die Situation von trans* und nicht-binären Menschen zu dokumentieren. Das Projekt „Vielfalt im Stadion“ endete 2024 planmäßig. Die Ergebnisse sind auf der Webseite www.vielfaltimstadion.de festgehalten und bieten Empfehlungen für Sicherheitskonzepte, Stadionwege, Einlasskontrollen, Ticketing, Toilettennutzung, u. v. m.

Deutsch Olympischer Sportbund

Mit dem DOSB und den Landessportbünden existiert eine Vernetzung, aber der Austausch ist unregelmäßig und lose. Die Zusammenarbeit soll 2025 intensiviert werden. Idealerweise wird eine Kompetenz- und Anlaufstelle (ähnlich wie beim DFB) eingerichtet, um neben dem Fußball auch andere Sportarten fachlich begleiten und beraten zu können.

Sporthochschule Köln

Gemeinsam mit weiteren Organisationen der queeren Community begleitet der LSVD⁺ ein Forschungsprojekt der Sporthochschule Köln in Kooperation mit dem Deutschen Volleyballverband, Deutschen Eishockeyverband und Deutschen Basketballverband, um die Situation von TIN* Personen im Teamsport zu untersuchen. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt und soll im Frühjahr 2025 beginnen.

SportPride

Auch 2024 wurde ein Zeichen gegen Diskriminierung und Hass im Sport gesetzt. Die Spiele engagieren sich für ein respektvolles Miteinander im Sport, für die Sichtbarkeit sowie die Unterstützung von queeren Menschen.

Die Social-Media-Aktion wurde 2020 vom LSVD⁺, den Fußballfans gegen Homophobie (FfgH), Queer Football Fanclubs (QFF), F_in - Netzwerk Frauen im Fußball (F_in) und Football Supporters Europe (FSE) initiiert und erfährt mittlerweile große Unterstützung vieler Sportverbände.

3. Internationales

3.1. Equal Rights Coalition (ERC)

Deutschland und Mexiko haben zum Jahresende 2024 den Vorsitz der 2016 gegründeten [Equal Rights Coalition](#) an Spanien und Kolumbien abgegeben. Der LSVD⁺ und die Fundación Arcoiris aus Mexiko konnten nach zwei Jahren intensiver Arbeit ihren zivilgesellschaftlichen Vorsitz an die spanische Fundación Triángulo und die kolumbianische Organisation Caribe Afirmativo übergeben. Vieles wurde erreicht: Neue Mitgliedsstaaten wie Brasilien, Kolumbien, Thailand wurden gewonnen und mit deutscher Unterstützung konnte im Mai 2024 endlich das ERC-Sekretariat eingerichtet werden, womit die Koalition und ihre Arbeit entscheidend stabilisiert wurden. Zudem konnten neue Organisationen aus verschiedenen Weltregionen für die Mitarbeit gewonnen werden, auch Kriterien für ein Mitwirken dieser Organisationen wurden erarbeitet: Zusammenarbeit mit den jeweiligen Regierungen, Austausch mit anderen LSBTIQ*-Organisationen oder regelmäßige Mitarbeit in einer der ERC-Arbeitsgruppen. Zu positiven Entwicklungen wie die Entkriminalisierung von Homosexualität in Singapur, Mauritius oder den Cook Islands sowie Eheöffnung in Griechenland, Estland, Nepal und Thailand konnten positive gemeinsame Statements veröffentlicht werden. Dennoch sind der weitere Vormarsch der LSBTIQ*-Feindlichkeit und des Rechtspopulismus und eine gemeinsame Gegenstrategie sowie mangelndes Interesse oder Regierungswechsel in einigen der Mitgliedsstaaten große Herausforderungen für die Koalition. Ganz zu

schweigen von langfristig fehlenden Finanzen für die Arbeit des Sekretariats oder die Sprachmittlung in den Arbeitsgruppen. Es braucht auch weiterhin proaktive Regierungen, die bereit sind, Verantwortung in der ERC zu übernehmen etwa beim Co-Vorsitz in den Arbeitsgruppen.

Vom 16. bis 18. Dezember 2024 fanden in Berlin die zivilgesellschaftliche Vorkonferenz und die eigentliche ERC-Konferenz statt. Beide Konferenzen waren ein großer Erfolg, dem LSVD⁺ wurde von vielen Aktivist*innen für die großartige Arbeit gedankt, denn die Vorarbeiten waren für den LSVD⁺ ein gewaltiger Kraftakt. An der Vorkonferenz in der mexikanischen Botschaft nahmen 130 Aktivist*innen aus aller Welt teil. LSVD⁺ und Fundación Arcoíris oblagten inhaltliche Ausgestaltung und Logistik. Themen waren die geleistete Arbeit des Co-Vorsitzes in den letzten beiden Jahren, die Arbeit in den vier Arbeitsgruppen, Ausblick und Empfehlungen für die kommenden Jahre, Umgang mit problematischen autoritären Regierungen oder das Problem der fehlenden finanziellen Unterstützung für die ERC durch die Mitgliedsstaaten. Gegenstrategien und mögliche Auswege wurden in mehrsprachigen Workshops gemeinsam erarbeitet. Ein gemeinsames Statement mit Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten wurde verabschiedet.

Inhalte und Empfehlungen für die zweitägige ERC-Konferenz im Auswärtigen Amt kamen von der Zivilgesellschaft, das Auswärtige Amt lieferte zudem logistische Lösungen und finanzielle Unterstützung. Auch hier ging es um das Ausbreiten von Anti-LSBTIQ*-Gruppen und deren Wirken in aller Welt, was zugleich in immer mehr Staaten in engem Zusammenhang steht mit antidemokratischen und autoritären Politiken und Narrativen. Es nahmen über 500 Personen aus über 80 Staaten teil, mehr als 40 Regierungsdelegationen mit mehreren Minister*innen und über 200 Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisation waren dabei. Außenministerin Annalena Baerbock hielt eine sehr engagierte, in Teilen auch emotionale Eröffnungsrede, die mit großem Beifall bedacht wurde. Sie dankte dem LSVD⁺ für sein großes Engagement und kündigte an, Deutschland werde sich auch künftig in der ERC stark engagieren. Der zweijährige ERC-Vorsitz, die Abschlusskonferenzen in Berlin und die erfolgreiche Staffelübergabe haben das Ansehen des LSVD⁺ bei unseren Kooperationspartnern in aller Welt gesteigert. Zudem wurden viele neue Arbeitskontakte geknüpft.

3.2. Menschenrechte

Die Fälle von Menschenrechtsverletzungen an LSBTIQ*, die wir an die Bundesregierung weiterleiten, nehmen zu. Im Juli 2024 haben wir an sechs Aide-Mémoire für das Auswärtige Amt mitgeschrieben. Sie betrafen Ghana, Georgien, Uganda, Irak, Russland und die Förderung von LSBTIQ*-Zivilgesellschaft. Mehrere Schreiben brachten wir wieder an die Bundesregierung, den Bundestag und die deutsche und europäische Menschenrechtspolitik wegen der Situation in Uganda oder Ghana auf den Weg. Dort trat im Mai 2023 der Anti-Homosexuality Act in Kraft. Unseren ehemaligen Elisabeth-Selbert-Initiative-Stipendiaten aus Uganda konnten wir wieder in mehreren digitalen Austauschen mit dem BMZ einbinden.

3.3. Elisabeth-Selbert-Initiative

Im zweiten Halbjahr 2024 konnten wir einer LSBTIQ*-Menschenrechtsverteidiger*in aus Pakistan in der Bundesgeschäftsstelle einen sechsmonatigen Arbeits- und Schutzaufenthalt im Rahmen der vom Auswärtigen Amt finanzierten und vom IFA betreuten Elisabeth-Selbert-Initiative (ESI) anbieten. Die trans* Aktivistin konnte nicht zurückkehren und deshalb beantragte sie Asyl in Deutschland. Der LSVD⁺ steht ihr dabei weiterhin mit Rat und Tat zur Seite.

3.4. Netzwerke

ILGA

Auch zum Jahresende 2024 lieferte der LSVD⁺ und andere Mitgliedsorganisationen Informationen zur rechtlichen und sozialen Situation von LSBTIQ* in Deutschland an seinen europäischen Dachverband. Sie fanden wieder Eingang in den neuen Jahresbericht zur Menschenrechtslage von LSBTIQ* in Europa und Zentralasien „Annual Review 2025“, den ILGA Europe im Frühjahr veröffentlicht. An der ILGA Europe-Konferenz in Sofia im Oktober 2024 nahmen wir nicht teil, an der ILGA World-Konferenz in Kapstadt nahm Philipp Braun im November 2024 teil.

Amsterdam Netzwerk

Auch mit den Kolleg*innen im Amsterdam Netzwerk stehen wir in regelmäßigen Austausch zu Fragen von LSBTIQ* in aller Welt, Notfallsituationen, Equal Rights Coalition, UN und Lobbyarbeit im Menschenrechtsrat, Europarat und auf anderen multilateralen Ebenen. Der Austausch findet etwa vierteljährlich und seit der Coronapandemie online statt. Das letzte Treffen fand im Mai 2024 in Kopenhagen statt. Philipp Braun nahm für den LSVD⁺ teil.

3.5. Hirschfeld-Eddy-Stiftung

3.5.1. Projekt „Kulturen und Kolonialismus – Der Kampf um die Menschenrechte von LSBTIQ* im Licht der Debatte um Dekolonisierung“

Von Januar bis Dezember 2024 hat die Hirschfeld-Eddy-Stiftung das Projekt „Kulturen und Kolonialismus – Der Kampf um die Menschenrechte von LSBTIQ* im Licht der Debatte um Dekolonisierung“ durchgeführt. Es wurde möglich durch eine Projektförderung des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Es ging um die Auswirkungen des europäischen Kolonialismus auf die Verfolgung von queeren Menschen heute. Diese geht in der Regel auf Gesetze aus der Kolonialzeit zurück. Im Zentrum des Projekts standen Aktivist*innen aus Ländern des afrikanischen Kontinents wie Namibia, Uganda, Zimbabwe, Botswana u. a. Diese wurden in Online- und Offline-Veranstaltungen eingeladen, ihre Sicht auf eine mögliche dekoloniale internationale Zusammenarbeit zu formulieren. Außerdem wurde die Thematik in vielen Blogbeiträgen und Debatten vermittelt. In Hintergrundgesprächen zwischen den Veranstaltungen wurden die Ansätze diskutiert. Höhepunkt des Projekts war eine Konferenz mit 95 Teilnehmenden im Berliner refugio im Oktober 2024. Dort wurden Ansätze zu dekolonialer Projektarbeit vorgestellt und diskutiert. Als Abschlusspublikation ist ein Reader in deutscher und einer in englischer Sprache entstanden, der die wichtigsten Ergebnisse publiziert und kostenlos online und gedruckt verfügbar ist. Alle Events, Fotos, ein Video sowie die zahlreichen Blogbeiträge über Kolonialismus und die Menschenrechte von LSBTIQ* finden sich auf der [Projektwebsite](#) auf Deutsch und Englisch.

3.5.2. Der pinke Faktor – Die Rolle von LSBTIQ* im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft

Im Januar 2025 hat die HES das Projekt „Der pinke Faktor – Die Rolle von LSBTIQ* im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft“ gestartet. Wir freuen uns über die Förderung durch das BMJ auf Beschluss des Deutschen Bundestages. Dieses auf zwei Jahre konzipierte Projekt hat eine geopolitische Perspektive und wird die Rolle von LSBTIQ* und ihren Menschenrechten im globalen Streit um Werte, Ressourcen und Vorherrschaft diskutieren. Dies geschieht mit Hilfe der Projektpartner*innen auf allen Kontinenten und durch enge Kooperationen mit den nationalen und internationalen Netzwerken. In den aktuellen Multikrisen spielen queere Menschen und ihre Menschenrechte oft eine negative Rolle. Sie werden selten selbst gehört und oft funktionalisiert. Die HES will in ihrem Projekt die aktive Rolle queerer Aktivist*innen in der Auseinandersetzung um Werte, wie z. B. in der UN herausstellen. Die These ist: LSBTIQ*-Personen haben

ein besonderes Interesse an Demokratie und am Erhalt der „regelbasierten Weltordnung“. Wir wollen fragen, wie sie dazu stehen und damit der Instrumentalisierung von queeren Menschen entgegenwirken. Die HES will LSBTIQ*-Aktivist*innen zu aktuellen geopolitischen Fragen und Krisen zu Wort kommen lassen und ihre positiven Beiträge zeigen, wo sonst nur über sie gesprochen wird. Die HES füllt hier eine Lücke im internationalen Diskurs, indem sie darstellt, welche wichtige Arbeit LSBTIQ*-Aktivist*innen gemeinsam mit anderen emanzipatorischen Gruppen weltweit leisten. Ziel des Projekts ist es, das Wissen über Menschenrechte, Multilateralismus und Völkerrecht, sowie liberale Demokratien anhand der Handlungsmacht queerer Menschen aufzuzeigen und greifbar zu machen. Dazu werden Veranstaltungen, vielfältige Gesprächsformate und Publikationen realisiert, Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht, Kontakt über die [LSBTIQ*-Plattform Menschenrechte der Hirschfeld-Eddy-Stiftung](#).

3.5.3. Sonstige Projekte

Im Berichtszeitraum konnten wir rund 20.000 Euro an Spenden weiterleiten. Sie gingen an unsere Freund*innen in Uganda (13.500 Euro) und in Ruanda (1.700 Euro). Unsere Partnerorganisation Nash Sviet in Kijv konnten wir mit über 4.000 Euro unterstützen.

4. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressemeldungen, Newsletter und Interviews für Presse, Fernsehen, Social Media und Radio zu den Verbandsthemen und -forderungen gehören zur regelmäßigen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des LSVD⁺. Dabei haben die ZDF-Doku „Verbotene Liebe – Queere Opfer der NS-Diktatur“, ein Tagesschaubeitrag am 12. April 2024, als das Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet wurde, sowie die Beiträge bei der Deutschen Presseagentur (17. Mai, 11. Juni 2024) zur Bekanntheit unseres Verbandes beigetragen. Im vergangenen Jahr stand insbesondere auch die Anpassung des Verbandsnamens auf „LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt“ in der Außendarstellung im Fokus der Arbeit der Pressestelle.

Regelmäßig postet die Pressestelle aktuelle Meldungen und Content auf den Social-Media-Kanälen des LSVD⁺: Facebook, Instagram, X (vormals Twitter), Threads, Mastodon und LinkedIn. Dazu gehören unsere Pressemitteilungen, Mitmachaktionen, Veranstaltungshinweise, Informationen über neue Beiträge auf unserer Website, Zitate des Verbands in der Presse und Mitgliederwerbung. Auf den genannten Plattformen konnten so auch in diesem Jahr die Bekanntheit unseres Verbandes erhöht werden. Beispiel: Instagram-Follower*innen (Stand 31. Dezember 2024): 18.200. Auch die Reichweite hat sich insgesamt insbesondere durch Kooperationen erhöht – beispielsweise erreichte zum ersten Mal eines unserer Kurzvideos auf Instagram eine Reichweite über 50.000. Unsere queerpolitischen Wahlprüfsteine zur Europawahl und zur Bundestagswahl waren besonders beliebt.

Auf Social Media wurde auch die großangelegte Kampagne „Stimmen für ein diskriminierungsfreies Selbstbestimmungsgesetz“ zu Ende geführt, die bekannte Gesichter aus dem Aktivismus, den sozialen Medien, der Öffentlichkeit und von Organisationen aus der Zivilgesellschaft zusammengebracht hat, die sich für die rechtliche Selbstbestimmung von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen ausgesprochen haben. Gemeinsam mit den Mitgliedern hat unser Verband durch seine Medien mehrere Mitmachaktionen gestartet, um queerpolitischen Druck zu erzeugen: u. a. für die Verabschiedung des Selbstbestimmungsgesetzes und für einen queerpolitischen Krisenplan nach dem Ende der Regierung. Im Dezember 2024 startete der LSVD⁺ zudem eine Kampagne für die Anpassung von Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz.

Die LSVD⁺-Homepage wird kontinuierlich gepflegt und erweitert – Ratgebertexte und Veranstaltungskalender werden aktualisiert, neue Beiträge und Artikel erstellt und die vorhandenen

Beiträge suchmaschinenoptimiert. Für bestimmte Inhalte schalten wir Anzeigen über Google Ads. Wir nehmen am Grant-Programm teil, sodass wir bis zu 10.000 US-Dollar pro Monat zur Verfügung haben.

Gegenwärtig produziert die Pressestelle neben der Verbandszeitschrift „respekt!“ auch neue Giveaways für dieses Jahr. In der internen Abstimmung wurde sich erneut für die erfolgreichen Fächer und Kugelschreiber entschieden.

5. Mitarbeit in nationalen Netzwerken und Vertretungsaufgaben

5.1. Forum Menschenrechte

Klaus Jetz und Henny Engels vertreten den LSVD⁺ im Forum Menschenrechte (FMR). Henny Engels arbeitet in der AG Rechte von Frauen und LSBTI* mit. Das FMR befasste sich auch im zurückliegenden Jahr mit zahlreichen Themen. Am 21. Mai 2024 forderte es bspw. mit einem Positionspapier die Bundesregierung auf, sich im Nahost-Konflikt dafür einzusetzen, „dass die Menschenrechte eingehalten werden, unabhängig davon, welche Konfliktpartei für deren Verletzung verantwortlich ist“. Die AG Rechte von Frauen und LSBTI* rief dazu auf, an der Großdemo am 8. Juni anlässlich der Europawahl teilzunehmen und betonte dabei die zentrale Bedeutung der Rechte queerer Menschen in Europa. Am 27. August fand das mittlerweile zur Tradition gewordene Gespräch mit Außenministerin Annalena Baerbock statt. Vertreter*innen des Netzwerkes mit über 50 Mitgliedsorganisationen begrüßten dabei ausdrücklich das Engagement Deutschlands in Bezug auf die Aufklärung und Ahndung der Verbrechen Russlands in der Ukraine. Umso mehr falle aber auf, wieviel zurückhaltender sich Deutschland für die Aufarbeitung ähnlich schwerer Menschenrechtsverbrechen in anderen Weltregionen einsetze. Angesichts doppelter Standards bei der Anwendung von Völkerrecht, von bedenklichen Militärkooperationen mit Menschenrechtsverletzern, Gaslieferverträgen mit Autokraten und Migrationsabkommen mit höchst fragwürdigen Partnern riskiere Deutschland immer mehr seine menschenrechtspolitische Glaubwürdigkeit. Am 9. Oktober feierte das FMR seinen 30. Geburtstag. Am 27. November veröffentlichte das Forum schließlich unter der Überschrift „Das Mindeste, was wir erwarten“ seine Forderungen zu den Bundestagswahlen 2025.

5.2. VENRO

Der LSVD⁺ ist seit Jahren auch im Verband der entwicklungspolitischen NROs (VENRO) aktiv und arbeitet in den AGs Gender und Stärkung zivilgesellschaftliche Handlungsräume mit. Am 10. Dezember 2024 nahm Klaus Jetz am VENROforum in Berlin teil und vertrat den Verband auf einem Panel zu Feministischer Entwicklungspolitik.

5.3. Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

Das Kuratorium der Stiftung tagte 2024 einmal in Präsenz, der übrige Informationsaustausch und notwendige Entscheidungen zur Besetzung des Fachbeirates erfolgten im schriftlichen Umlaufverfahren. Für den LSVD⁺ sind seit 2023 Alva Träbert und Axel Hochrein Teil des Kuratoriums.

Im Juli nahmen viele Mitglieder des Kuratoriums und des Fachbeirates an einem gemeinsamen parlamentarischen Frühstück im Jakob-Kaiser-Haus teil. Die Veranstaltung diente vor allem der Vernetzung und soll in den nächsten Jahren wiederholt werden.

Mit der Wanderausstellung „Gefährdet leben. Queere Menschen 1933–1945“ hat die Stiftung im vergangenen Jahr eine hohe öffentliche Wahrnehmung erreicht, nicht nur in den Bundesländern, sondern auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Sie war unter anderem in Berlin, Bielefeld, Münster, München und Hamburg zu Gast, aber auch im niedersächsischen Landtag

sowie der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Die Ausstellung wurde oft durch besondere Veranstaltungen begleitet und wird auch 2025 an verschiedenen Orten zu sehen sein.

Mit der Bestätigung bzw. Neubestellung der Mitglieder des Fachbeirates hat das Kuratorium die Voraussetzung dafür geschaffen, dass weiterhin eine qualifizierte Bescheidung der Förderanträge an die Stiftung stattfinden kann.

Die Stiftung steht bei der Umsetzung ihres Auftrags vor allem vor finanziellen Herausforderungen – die Arbeit mit einem ohnehin geringen Stiftungsvermögen wird durch die angespannte Haushaltslage nicht einfacher. Das Kuratorium wünscht sich seitens des neuen Bundestages und der neuen Bundesregierung hier eine deutliche Verbesserung und ein klares Bekenntnis zur Absicherung der politisch und gesellschaftlich weiterhin hoch relevanten Arbeit der Bundesstiftung.

5.4. Deutsches Institut für Menschenrechte

Nach wie vor vertritt Henny Engels den LSVD⁺ in der Mitgliederversammlung des Instituts und ist eine der gewählten Kassenprüferinnen. Das Institut widmet sich – seiner Aufgabe als nationale Menschenrechtsinstitution entsprechend – zahlreichen menschenrechtlichen Fragen im In- und Ausland. Bei der Mitgliederversammlung im 16. Mai 2024 standen die Neuwahl des Kuratoriums und die Aufnahme neuer Mitglieder im Mittelpunkt. Am 9. Dezember veröffentlichte das Institut seinen neunten Menschenrechtsbericht und legte ihn dem Bundestag vor. Mit mehr als 40 Empfehlungen wies das Institut auf politische und gesetzgeberische Entwicklungen hin, die vom 1. Juli 2023 bis 30. Juni 2024 in Deutschland menschenrechtlich besonders relevant waren: Verschärfungen im Migrationsrecht, Wohnungslosigkeit, Exklusion von Menschen mit Behinderungen im Arbeitsmarkt, ausbeuterische Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitnehmer*innen und Entwicklungen beim Thema menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen. Gleichzeitig veröffentlichte das Institut den Bericht „Die Folgen des 7. Oktober 2023 in Deutschland. Antisemitismus rechtsstaatlich bekämpfen“.

5.5. Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)

Der Beirat des ADS, dessen Vorsitzende Henny Engels ist, tagte im Berichtszeitraum am 6. Mai und am 12. November. Am 6. Mai stand der [fünfte gemeinsame Bericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes und der in ihrem Zuständigkeitsbereich betroffenen Beauftragten der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages an den Deutschen Bundestag](#) im Mittelpunkt. In der Sitzung am 12. November beschloss der Beirat, sich mit einem [Schreiben an die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages](#) dafür einzusetzen, dass für respekt*land, das aktuell einzige bundesweite Förderprogramm für den Ausbau von Antidiskriminierungsberatungsstrukturen, die notwendigen Mittel in Höhe von fünf Millionen Euro bereitgestellt werden. Das Programm stehe ohne diese Mittel vor dem Aus. Mittlerweile steht fest, dass das Programm bis Januar 2026 finanziert wird.

5.6. Rundfunkräte

Der LSVD⁺ ist in acht Rundfunk- und Fernschräten öffentlich-rechtlicher Sender vertreten: Arte Deutschland, Deutschlandradio, Radio Bremen, MDR, RBB, Saarländischer Rundfunk und SWR (bald). In Rheinland-Pfalz, NRW, Niedersachsen und im Saarland ist der LSVD⁺ zudem in den Landesmedienanstalten vertreten, die die privaten Sender beaufsichtigen. Klaus Jetz ist weiterhin Mitglied im DLR-Hörfunkrat und im Programmausschuss des Senders. Zuletzt kamen Hörfunkrat und Programmausschuss am 11. und 12. Dezember 2024 in Berlin zusammen. Themen waren u. a. der Tätigkeitsbericht des Intendanten, der Wirtschaftsplan für 2025, der Qualitätssicherungsleitfaden des Hörfunkrates sowie Lob, Kritik und Beschwerden der Hörer*innen.

5.7. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

Henny Engels arbeitet nach wie vor im AK Frauen des Paritätischen Gesamtverbandes mit. Das Thema Queerpolitik hat, auch angesichts der steigenden Zahl queere Mitgliedsorganisationen im Paritätischen Gesamtverband, im Paritätischen an Bedeutung gewonnen. Henny Engels ist am regelmäßigen Austausch zu queeren Themen beteiligt. Derzeit wird ein queerpolitisches Positionspapier des Verbands vorbereitet.

6. Organisation

6.1. Namensanpassung

Auf dem Verbandstag 2024 gelang dem Bundesverband nach intensiver Vorbereitung und innerverbandlicher Diskussion die Namensanpassung in „LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt e. V.“, kurz: LSVD⁺. Damit ist dem Verband ein Meilenstein im innerverbandlichen Diversifizierungsprozess gelungen. Im Nachgang zum Verbandstag erfolgte die Eintragung des neuen Verbandsnamens sowie eine Anpassung der Öffentlichkeitsarbeit. Hierbei erfolgte die Umstellung auf den neuen Verbandsnamen in der Außendarstellung im September 2024. Diese beinhaltete unter anderem ein entsprechend angepasstes Logo sowie die Umstellung der Webpräsenz des Verbandes. Der Dank gilt hier vor Allem der Pressestelle, die diesen Prozess maßgeblich umgesetzt hat.

Des Weiteren unterstützte der Bundesverband die Landesverbände durch die Bereitstellung neuer, einheitlicher Logos für die Landesebene. Die Landesverbände sind jetzt aufgerufen, die gemeinsam beschlossene Namensanpassung nun auch formell nachzuvollziehen. Zu Ende 2024 haben vier Landesverbände ihre Bezeichnungen geändert. Hierbei ist kritisch anzumerken, dass nicht alle Landesverbände dem gemeinsamen Beschluss gefolgt sind, und mehr oder weniger stark abweichende Verbandsnamen beschlossen haben. Der Bundesverband wirkt darauf hin und wird weiter darauf hinwirken, dass alle Gliederungen des Verbands möglichst einheitlich auftreten. Bereits jetzt ist es allen Landesverbänden möglich, unabhängig von ihrem offiziellen Verbandsnamen die neuen Logos in der Außendarstellung zu nutzen.

6.2. Mitarbeitende

Am 1. Mai 2024 trat Markus Apel als Nachfolger von René Mertens die Stelle der Bund-Länder-Koordination an. Die Dreiviertelstelle im Projekt „Selbstverständlich Vielfalt. Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homophobie und Trans*feindlichkeit“ im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ wurde ebenfalls neu ausgeschrieben und am 01. März 2024 mit Christian Lapp besetzt. Die Dreiviertelstelle im Grundsatzreferat wurde zum 1. April 2024 mit Theresa Richarz besetzt. Seit Oktober 2022 ist Kerstin Thost mit voller Stelle als Pressesprecher*in und Büroleitung im Hauptstadtbüro beschäftigt. Franka Braun arbeitet in der Pressestelle mit einer halben Stelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit. Christian Rudolph, Mitarbeiter im vom DFB geförderten Pilotprojekt „Kompetenz- und Anlaufstelle für Sexuelle und Geschlechtliche Vielfalt im Fußball“, ist zum Jahresende 2024 ausgeschieden, da das Projekt regulär auslief. Sarah Kohrt arbeitet weiterhin mit einer vollen Stelle im Hauptstadtbüro als Projektleiterin der Hirschfeld-Eddy-Stiftung. Seit 01. November 2024 arbeitet Dr. Stana Iliev mit einer halben Stelle als Koordinatorin der Yogyakarta Allianz sowie Lobbyarbeit und Presse- und Öffentlichkeit in der Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit. Weiterhin ist Danilo Höpfner mit einer halben Stelle für den LSVD⁺ im Arbeitsbereich Friend- und Fundraising tätig. Hannah Fritsch ist seit Dezember 2023 als studentische Hilfskraft im Hauptstadtbüro tätig und Rechtsanwalt Dr. Thomas Hahn aus Berlin ist weiterhin ehrenamtlicher Datenschutzbeauftragter des LSVD⁺, seiner Landesverbände und der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

In der Bundesgeschäftsstelle in Köln arbeitet seit November 2023 Chantal Müller als Projektleiterin (Teilzeit) im von der Robert-Bosch-Stiftung geförderten Projekt „Integration von queeren Geflüchteten und Migrant*innen stärken“. Das von der Integrationsbeauftragten des Bundes unterstützte Projekt „Fluchtgrund Queer – Queer Refugees Deutschland“ startete im März 2023 und erneut zu Jahresbeginn 2024. Kurz vor Weihnachten erreichte uns der Bewilligungsbescheid für 2025. Ina Wolf und Lilith Raza sind weiterhin als Projektmitarbeiter*innen in Vollzeit beschäftigt. Neu ins Team kam im April 2023 Colin Cahill-Müller als Projektassistent mit voller Stelle. Im neuen Projekt „Gewaltfrei ankommen“ arbeiten seit Februar/März 2025 Sò Schröder und Elizabeth Namwanje. Guido Schäfer unterstützt nach wie vor den LSVD⁺ und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung an einem Tag pro Woche ehrenamtlich. Jürgen Rausch arbeitet mit einer vollen Stelle im vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützten Projekt „Selbstverständlich Vielfalt. Kompetenznetzwerk zum Abbau von Homosexuellen- und Trans*feindlichkeit“ (ab 2025 „Kooperationsverbund für sexuelle, romantische und geschlechtliche Selbstbestimmung“). Mit je einer halben Stelle hat er die Leitung des LSVD⁺-Projektteils bzw. die Koordination des Kooperationsverbund inne. In der Kölner Bundesgeschäftsstelle arbeiten in diesem Projekt auch weiterhin Clara Clasen und Leonie Achterhold, beide mit voller Stelle; ab März arbeitet Sabrina Braick als Assistentin im Projekt. Zudem arbeiten in diesem Projekt weiterhin Lisa Oude Lausink, Anjo Kunst und Dani Döbbecke in Teilzeit im Projektbereich Akzeptanz und Vernetzung intergeschlechtlicher Menschen. Als Bürokraft unterstützt weiterhin Juliane Steinbrecher mit 20 Wochenstunden den LSVD⁺. Ahmed Elpelasy ist weiterhin Webmaster und Systemadministrator des LSVD⁺. Doug Graffeo aus Spanien verließ den LSVD⁺ zum 1. Dezember 2024, da die Stelle im Rahmen der Equal Right Coalition nunmehr bei ILGA World angesiedelt ist. In der Bundesgeschäftsstelle arbeiten weiterhin Sandra Jonas als Finanzreferentin und Klaus Jetz als Geschäftsführer für den LSVD⁺ und die Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

6.3. Mitgliederentwicklung und -werbung

Der LSVD⁺ hat das Jahr 2024 mit einem leichten Mitgliederrückgang von 26 Personen abgeschlossen. 236 Mitglieder sind aus dem Verband ausgetreten, 210 Mitglieder sind eingetreten. Zum 31. Dezember 2024 waren 4.402 Menschen Mitglied in unserem Verband. Der LSVD⁺ profitiert nicht nur vom Engagement der Einzelmitglieder, sondern auch von der Anbindung von Gruppen und Vereinen. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der korporativen Mitglieder (Gruppen, Organisationen und Vereine) leicht auf 120. Die Vernetzung in der Regenbogen-Community, Austausch und gegenseitige Unterstützung zum Wohl der gesamten Community sind dem Verband weiterhin wichtige Anliegen.

6.4. Friend-/Fundraising und Sponsoring

Im Jahr 2024 konnte der LSVD⁺ erneut erfolgreiche Kooperationen mit starken Partnern realisieren. Neben Kleinspenden, wie 3.800 EUR von Catrice, war die größte Einzelspende eine Förderung von 50.000 EUR durch MÄC Cosmetics, die nach einem Bewerbungsverfahren zugesagt wurde.

Ein weiteres Highlight war die Zusammenarbeit mit der Werbeagentur „House of Communications“ für die LSVD⁺-Werbe- und Spendenkampagne „**Rainbow Wool**“ mit Bill Kaulitz als prominentem Gesicht. Die Kampagne erzielte hohe mediale Aufmerksamkeit sowie nationale und internationale Berichterstattung. Sie fördert nicht nur die Sichtbarkeit des LSVD⁺, sondern trägt auch zur Steigerung des Spendenaufkommens bei. Aktuell wird ein geschätzter Gesamtertrag von bis zu 50.000 EUR bis Februar 2025 erwartet.

Diese Projekte unterstreichen die Bedeutung starker Partnerschaften für die nachhaltige Finanzierung und die gesellschaftliche Wahrnehmung unserer Arbeit.

6.5. Verbandstag 2024

Unter dem Motto „Wir für alle“ diskutierte der Verbandstag am 16. und 17. März 2024 in der Botschaft von Mexiko in Berlin Wünsche für die Zukunft unseres Verbands und unsere Forderungen an die Politik. Schwerpunktthemen waren die anstehende Europawahl und der Stand der Umsetzung des von der Bundesregierung versprochenen queerpolitischen Aufbruchs. Francisco Quiroga, der Botschafter von Mexiko, begrüßte persönlich die Mitgliederversammlung. Er würdigte das Engagement des LSVD⁺ in der Equal Rights Coalition. Mexiko und Deutschland teilten sich bis Ende 2024 den Vorsitz der Koalition von 43 Mitgliedstaaten, die sich für den Schutz der Rechte von LSBTIQ*-Personen einsetzt. Zusammen mit der Fundación Arcoíris hatte der LSVD⁺ den zivilgesellschaftlichen Co-Vorsitz inne. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt für Europa, Dr. Anna Lührmann, betonte in ihrer Gastrede die Bedeutung der Zivilgesellschaft für menschenrechtliche Entwicklungspolitik und stellte die gute Zusammenarbeit mit dem LSVD⁺ heraus.

Nachdem sich 2023 die Mitgliedsversammlung für die Öffnung des Verbands ausgesprochen hatte, wurde ein Jahr lang in verschiedenen partizipativen Prozessen auf den verschiedenen Ebenen des Verbands ein gemeinsamer Vorschlag zur Namensanpassung erarbeitet. Der Bundesvorstand schlug in seinem Antrag den neuen Namen „LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt“ vor, um das Kürzel anzupassen, jedoch den Markenkern und seinen Wiedererkennungswert nicht zu verändern. Die Mitgliederversammlung entschied sich mit Zwei-Drittel-Mehrheit für die Anpassung „LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt“. Die entsprechenden Änderungen der Satzung sowie der Geschäfts- und Finanzordnung wurden ebenfalls beschlossen.

Darüber hinaus verabschiedete der Verbandstag eine Resolution zum Thema Gedenken an die Opfer des NS-Unrechtsregimes als einen Beitrag zu einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft. Aufgrund der Tatsache, dass Zeitzeug*innen weitgehend nicht mehr zur Verfügung stehen, müssen neue Formen des Erinnerns und Gedenkens gefunden werden. Der Bundesvorstand wird im Beschluss aufgefordert, zusammen mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten und dem Landesverband Berlin-Brandenburg vor diesem Hintergrund Gespräche über eine Verstärkung der Zusammenarbeit beim Gedenken an die Opfer des Todes- und Zwangsarbeiterlagers Klinkerwerk Oranienburg zu führen.

Um das Thema „Hand in Hand gegen Rechtsextremismus: Für Demokratie und Menschenrechte“ fand ein bereichernder Dialog mit den anwesenden Mitgliedern statt. Dort tauschten sich die Anwesenden im World-Café-Format an drei Tischen zu folgenden Fragen aus: Welche Strategien nutzen Rechtsextreme und wie kann eine Strategie dagegen aussehen? Wie erreichen wir Personen in der Mitte der Gesellschaft? Wie gehen wir mit recht(s-extrem)en Queers um? Die Erkenntnisse und Handlungswünsche für den Bundesverband und die Möglichkeiten des Einsatzes der Einzelmitglieder zum Thema wurden fotodokumentiert und flossen in die weitere Verbandsarbeit ein.

Als neue Vorstandsmitglieder wurden Erik Jödicke, Julia Monro, Tim Stefaniak und Alexander Vogt für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Die Vorstandsmitglieder Patrick Dörr, Henny Engels, Andre Lehmann und Alva Träbert, die erneut für zwei Jahre kandidierten, wurden bestätigt. Weiterhin gehören dem zwölfköpfigen ehrenamtlichen Gremium die im letzten Jahr gewählten Philipp Braun, Mara Geri, Jörg Hutter und Mikhail Tumasov an.

6.6. Zusammenarbeit des Bundes- mit den Landesverbänden

Ende Januar 2024 verließ René Mertens als langjähriger Bund-Länder-Koordinator das Team. Im Mai 2024 konnte Markus Apel für die Stelle der Bund-Länder-Koordination gewonnen werden. Neben der kooperativen Einarbeitung konzentrierte sich die Arbeit darauf, die Kommunikation und den Informationsaustausch zwischen dem Bundesverband und den Landesverbänden

zu verbessern. Die Bund-Länder-Koordination erfüllt die Rolle einer zentralen Schnittstelle, um die Verbandsarbeit strategisch zu fördern und queerpolitische Ziele auf Bund- und Länderebene zu erreichen. Beispiele dafür sind Initiativen zur Unterstützung der Länder bei einer Ergänzung des Diskriminierungsschutzes für queere Menschen im Artikel 3 Grundgesetz oder der wirksamen Bekämpfung von Hasskriminalität.

Formate für Informationsaustausch und Zusammenwirken

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Tätigkeit lag auf der Organisation und Umsetzung der Bund-Länder-Treffen, in denen sich primär Mitglieder des Bundesvorstands und der Landesvorstände austauschen. Thematisch ging es u. a. um Sicherheitsmaßnahmen in der Verbandsarbeit, Neuerungen und Pflichten rund um das Lobbyregister, die Transformation und Vereinheitlichung unseiner Verbandsnamen sowie den Umgang mit der neu-gegründeten Partei „Bündnis Sarah Wagenknecht“ und Angriffe von rechtsextremen Parteien auf Landesverbände. Neben virtuellen Treffen wurde ein analoges Treffen in Düsseldorf organisiert, das in enger Kooperation mit dem Landesverband NRW stattfand. Dieses Treffen widmete sich im September 2024 der Professionalisierung der Verbandsarbeit, Kooperationsmöglichkeiten mit Privatunternehmen sowie wichtigen queerpolitischen Fragestellungen wie der Ergänzung des Artikel 3 Grundgesetz, der Reform des Abstammungsrechts und dem Umgang mit Hasskriminalität.

Darüber hinaus fand ein „Ost-Treffen“ statt, das sich auf den Austausch über politische Realitäten und die spezifischen Bedarfe von Landesverbänden im Osten Deutschlands konzentrierte. Ein entsprechender Austausch soll in Regelmäßigkeit fortgeführt werden.

Der digitale und analoge Austausch konnte bestehende Strukturen weiterentwickeln und neue Impulse für die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden und dem Bundesverband setzen. Die Kompetenzen der Landesverbände im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Mittel- und Mitgliederwerbung konnten ausgebaut werden.

Unterstützung der Landesverbände und des Bundesverbands

Die Bund-Länder-Koordination stand den Landesverbänden beratend und unterstützend zur Seite. Sie half bei der Erstellung von Wahlprüfsteinen für die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen sowie bei der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem begleitete sie die Umsetzung der Beschlüsse des Bundesverbandstags im April 2024 und die Vorbereitung von Landesverbandstagen bzw. Mitgliederversammlungen.

Weitere Unterstützung leistete die Bund-Länder-Koordination bei der Gestaltung und Beschaffung von Informations- und Werbematerialien, der Suche nach Fördermöglichkeiten und Kooperationspartner*innen sowie bei der Begleitung von Pride-Veranstaltungen, u. a. in Pirna, München, Jena, Leipzig und Augsburg.

Die Bund-Länder-Koordination unterstützte den Bundesverband bei der inhaltlichen und strategischen Arbeit, insbesondere bei Themen, die auch die Länderebene betreffen. Die Pressestelle in Berlin wurde bei der Erfüllung von Aufgaben im Bereich der Verbands-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt.

Fazit

Die Tätigkeit der Bund-Länder-Koordination im Jahr 2024 war geprägt von einem personellen Wechsel, aber auch einem klaren Fokus auf die Professionalisierung und politische Handlungsfähigkeit der Verbandsstrukturen des LSVD⁺. Für die weitere Entwicklung des Verbandes und die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen konnte mit der Arbeit der Bund-Länder-Koordination 2024 eine solide Basis geschaffen werden.

6.7. Rechtsberatung

Der LSVD⁺ bietet weiterhin eine kostenlose Rechtsberatung per E-Mail durch eine Kooperationsanwältin an. Beraten wird zu Rechtsfragen, die speziell LSBTIQ* betreffen. Dazu gehören u. a. die Themengebiete Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtliche Eheschließung, Aufhebung von Lebenspartnerschaften und ihre Umwandlung in Ehen, Änderungen des Geschlechtseintrags, Antidiskriminierungsrecht, Asylrecht für verfolgte LSBTIQ* sowie Fragen des internationalen Privatrechts und des Aufenthaltsrechts in binationalen Partnerschafts- und Familienkonstellationen. Schwerpunkte in der diesjährigen Beratung waren Anfragen zur (ausbleibenden) Reform des Abstammungsrechts, dem Verfahren der Stiefkindadoption und dem Selbstbestimmungsgesetz sowie zu Asyl und Aufenthaltsrecht für queere Personen.

Zudem haben wir in diesem Jahr begonnen, in Kooperation mit Großkanzleien, die uns pro bono unterstützen, die Rechtsratgeber auf der LSVD⁺-Homepage zu aktualisieren.

7. Ausblick

In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie sich das gesellschaftliche Klima gegenüber LSBTI* zunehmend verschärft hat. Die Zahl queerfeindlicher Hassverbrechen stieg weiter rasant an, und diskriminierende Positionen wurden zunehmend salonfähig.

Diese besorgniserregende Entwicklung spiegelt sich auch im Ergebnis der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 wider. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde eine in Teilen rechtsextreme Partei zur zweitstärksten Kraft – eine Partei, für die Minderheitenrechte ein Dorn im Auge sind. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller demokratischen Kräfte, diesen gesellschaftlichen Trend zu stoppen und umzukehren. Denn wer die Rechte von Minderheiten angreift, greift die Demokratie als Ganzes an! Mit großer Sorge beobachten wir, dass bereits eine parlamentarische Mehrheit mithilfe der Stimmen der extremen Rechten zustande gekommen ist. Unsere Verantwortung vor der Geschichte mahnt uns: So etwas darf nie wieder geschehen.

Aktuell führen CDU/CSU und SPD Sondierungsgespräche über die Bildung einer neuen Bundesregierung. Wir fordern alle drei Parteien auf, diese Gespräche ernsthaft zu führen und dabei die hart erkämpften Rechte unserer Community nicht infrage zu stellen. Eine Abschaffung des Selbstbestimmungsgesetzes ist für uns beispielsweise nicht verhandelbar.

Wie bereits im Vorwort erwähnt, bedeutet die aktuelle politische Lage auch für LSVD⁺ eine veränderte Rolle. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie unser Verband stehen zunehmend unter Druck. Doch wir lassen uns nicht einschüchtern – im Gegenteil: Wir sind uns unserer Bedeutung für die Demokratie in Deutschland und die Menschen, die wir vertreten, sehr bewusst. Deshalb bleiben wir im engen Austausch mit allen demokratischen Parteien, um bereits erreichte Rechte zu verteidigen. Internationale Beispiele führen uns täglich vor Augen, dass unser Einsatz für die Community weitergehen muss. Wir bleiben dran!